

DEUTSCHE UND SYRISCHE
SPRICHWÖRTERWo liegt
der Hund begraben?

Von Mohamad Alkhalaf

Vor Jahren lebte ich in einer kleinen Wohnung einige Kilometer außerhalb der Stadt München und teilte den Garten mit den Eigentümern des Hauses. Nachdem ich ein Jahr lang die deutsche Sprache und ihre Grammatik gelernt hatte, begann ich, mit meinen Nachbarn und den Hausbesitzern zusammenzusitzen und Gespräche zu führen. Es ging darum mitzureden, wie ein Autofahrer, der am Straßenverkehr teilnimmt. Allerdings ohne die deutsche Straßenverkehrsordnung durchdrungen zu haben.

Wenn ich mich in politische, soziale oder religiöse Gespräche vertiefe, bin ich bis heute mit schwierigen Redewendungen konfrontiert, sprachliche Unebenheiten und semantische Windungen wie kurvige Alpenserpentin. In Nachbars Garten sagte der mal einen Satz, als es um Assads Diktatur ging: „Da liegt der Hund begraben.“ Und schon begann es in mir zu rattern.

TYPISCH DEUTSCH

Ihre Flucht hat zwei Journalisten nach München geführt. In einer wöchentlichen Kolumne schreiben sie, welche Eigenarten der neuen Heimat sie mittlerweile übernommen haben

Das linguistische Mehrgänge-Menü servierte mir in meinem Kopf drei Varianten. A: Er hat das Gesprächsthema geändert und will lieber über Rosie reden, seine liebe Hündin, die kürzlich gestorben ist und im Garten unter der Erde ruht. Durchaus möglich. B: Der syrische Diktator Assad ist von uns gegangen und liegt im Garten meines Nachbarn neben Rosie. Eher unwahrscheinlich. Oder C: Ich stoße mal wieder an meine sprachlichen Grenzen. Es war natürlich C.

Um die linguistische Barrierefreiheit voranzutreiben, war der Deutschkurs für mich die zentrale Instanz. Das ist am Anfang eine zähe Nummer. Mein syrischer Kumpane Ali tat sich noch schwerer als ich und neigte zum Schwänzen. „Er hat ein Ohr aus Ton und eins aus Teig“, erklärte ich seine Abwesenheit – und erntete verwirrte Blicke. Nein, Ali war nicht beim HNO-Arzt, dieser Ausdruck sollte vermitteln, dass Ali nicht zwingend auf meinen Rat hörte. Es gibt viele arabische Redewendungen, die wenn ich sie ins Deutsche übersetze, eine mehrdeutige oder falsche Bedeutung haben. Der Unterschied in den Redewendungen zwischen Syrisch und Deutsch ist vergleichbar mit dem andersartigen Geschmack von arabischen und europäischen Gewürzen und deren Anwendung. Und dann gesellt sich noch der bairische Dialekt hinzu, der von den Alpenserpentinern direkt ins Meer führt – je tiefer man taucht, desto schwieriger und gefährlicher wird es. Ich brauchte eine ganze Weile, um zu begreifen, dass Empfehlungen wie „Scheiß' da nix, dann feid' da nix!“ nur gut verdaulich sind, wenn man von einer wortwörtlichen Übersetzung Abstand nimmt. „Hau di hera, samma mehra!“ ist auf dem Volksfest mitnichten als Aufforderung für eine Bierzelt-schlagerei zu interpretieren, eher als ausformulierte bayerische Integrationsbereitschaft.

Eines haben arabische, deutsche und bairische Aporismen gemein: Es handelt sich meist um lose Verbindungen von Begriffen, die nie im Wortsinn zu verstehen sind, sondern als Metaphern, die sich auf allerlei Situationen übertragen lassen. Meine Empfehlung: Wann immer sich aus einem Satz eine A-, B- und C-Variante im Kopf zusammenreimen lässt, hilft eine Nachfrage. Da liegt letztlich der Hund begraben. Und wenn auch das nichts hilft, kann man sich immer noch mit einer universell anwendbaren Weisheit von Franz Beckenbauer behelfen: Schau ma moi, dann seng mas scho.



Wenn er gar nichts mehr versteht, behilft sich Mohamad Alkhalaf mit einem Spruch von Beckenbauer.

LEUTE DES TAGES

Ludwig Prinz von Bayern, 42, hat im Norden Kenias, wo er sich seit gut zehn Jahren engagiert, ein neues Projekt gestartet. Am Turkana-See sollen eine Kirche mit Pfarrhaus und Schwesternkonvent für die Bevölkerung sowie für die jungen Menschen des nahen Ausbildungszentrums „Learning Lions“ entstehen, teile das internationale katholische Hilfswerk Misio in München mit. „Wir wollen hier zeigen, wie positive Bildungsarbeit funktioniert – dazu gehört alles, von Strom- über Wasserversorgung bis hin zu Schulen, Kindergärten und natürlich unseren Projekten, in denen junge Erwachsene lernen, wie man durch IT-Dienstleistungen Geld verdienen kann“, sagte Ludwig von Bayern bei der Grundsteinlegung zusammen mit Misio-Präsident Monsignore Wolfgang Huber. **BUB**

Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.sz-content.de

„Egal, was wir machen, wir sind die Bösen“

Fuad Hamdan, in Palästina geboren, engagiert sich für das Land seiner Herkunft und die Menschen dort. Israel nennt er einen „Terrorstaat“, für den Angriff der Hamas findet er weit weniger harte Worte. Muss man solche Meinungen aushalten?

Von Bernd Kastner

Als erstes macht Fuad Hamdan auf die zwei bunten, abstrakten Bilder über seinem Sofa aufmerksam. Von einem Künstler aus Gaza, erzählt er. In einem Regal fallen drei Bücher auf, dreimal der gleiche Band, „Palästina und die Palästinenser“. Hamdan sagt, er finde das Werk hervorragend differenziert, er verschenke es gerne, deshalb der Vorrat. Und dann ist da dieses Foto über dem Fernseher, es führt zurück in die Geschichte von Palästina und von Fuad Hamdan. Man muss nah rangehen, um die verstreuten Häuser zu erkennen, die sich kaum von der kargen Landschaft abheben. Sar'a hieß das Dorf, bei Jerusalem lag es, von dort stamme seine Familie, sagt Hamdan. Das Dorf gibt es nicht mehr, dort stehe längst ein Kibbutz.

Sar'a und Gaza-Krieg sind zwei Wegmarken im Leben des Fuad Hamdan. 72 Jahre alt ist er, geboren in einem Flüchtlingslager, seit 1969 lebt er in Deutschland, ist deutscher Staatsbürger. In München engagiert er sich seit Jahrzehnten wie kein anderer für die Sache der Palästinenser, klar und diskussionsfreudig. Etwas, was er sagt, widerspricht der viel zitierten deutschen Staatsräson.

Hamdan nennt Israel einen „Terrorstaat“, dessen Politik sei „Apartheid“; der Hamas-Überfall am 7. Oktober sei ein „Ausbruch aus dem Gefängnis“ gewesen, das seither andauernde israelische Bombardement Gazas nennt er „Vernichtungskrieg“. So grausam all das sei, sagt er, immerhin habe die Hamas die Palästina-Frage wieder auf die internationale Tagesordnung gebracht.

Wie kommt er zu solchen Ansichten? Antworten auf diese Frage wird Hamdan noch geben, aber zunächst: Ist das antisemitisch? Muss man jemanden, der so spricht, nicht ignorieren? Stefan Jakob Wimmer plädiert fürs Diskutieren. Er ist Judaica-Experte an der Münchner Staatsbibliothek, Professor für Ägyptologie und versucht, in München zu vermitteln zwischen den beiden Seiten des Israel-Palästina-Konflikts. Infolge des 7. Oktober hat er eine „Handreichung“ veröffentlicht: In München würden „Versuche, die palästinensische Perspektive sichtbar zu machen, oft generell unter Antisemitismusverdacht gestellt“. Das sei „kontraproduktiv“, es schüre eher Antisemitismus. „Auch wenn es schwerfällt“, sagt Wimmer: „Meinungen, die der eigenen zuwiderlaufen, sind auszuhalten, einseitig propalästinensische Positionen ebenso wie einseitig proisraelische. Wir müssen sie thematisieren und konfrontieren, anstatt sie zu verdrängen.“

Fuad Hamdan ist einer der wenigen palästinensischen Aktivisten in München, die mit Journalisten sprechen. Zweimal trifft er sich mit der SZ zu langen Gesprächen, im Januar und im April. Er verstehe, sagt er, wenn in Deutschland Israel als Staat der Opfer gesehen werde. Und selbstverständlich erkenne er die historische

1985 gründet er eine
Gruppe für Juden
und Palästinenser

Verantwortung Deutschlands für den Holocaust an. Zugleich möge man akzeptieren, dass er den Staat Israel aus einer anderen Perspektive beurteile. Die Wurzeln des Israel-Palästina-Konflikts lägen in Europa, im Kolonialismus, im Antisemitismus und im Holocaust. Die Palästinenser seien „die Opfer der Opfer“, sagt Hamdan. „Warum müssen wir den Preis für die Verbrechen der Nazis bezahlen?“ Aus seiner Vergangenheit müsse Deutschland Lehren ziehen, sagt Hamdan: Aber nicht einseitig Israel unterstützen, sondern sich gegen jedes Unrecht einsetzen, egal, wer es begehe.

Es spricht ein Mann, dessen Familie im Zuge der Staatsgründung Israels 1948 vertrieben worden ist. „Die Juden kamen nicht mit einem Blumenstrauss in der Hand, sie sagten nicht, bitte helft uns. Sie kamen mit Waffen, um einen Staat zu gründen.“ Die israelische Politik seither bewertet er als Unrecht und nennt Beispiele: Israelischen Soldaten, die im Westjordanland agieren, in seiner Heimat, werden immer wieder Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, Hunderte Palästinenser sollen allein seit Oktober getötet worden sein, meist bei Militäreinsätzen. Jüdische Siedler greifen immer wieder Palästinenser an und okkupieren mehr und mehr Land, unterstützt von der Regierung. „Für uns Palästinenser sind die Israelis Kolonialisten.“ Hamdan wirkt nicht aufgebracht, nicht aggressiv, eher routiniert. Durch diese Routine klingt Ratlosigkeit. „Maßlos einseitig“ sei der Diskurs in Deutschland, pro Israel, während das Engagement für die palästinensische Sache oft abgestempelt werde, als Antisemitismus und Judenhass. Empfindet er Hass auf die Juden? Nein, sagt er, aber Wut, doppelte Wut. Zunächst auf die israelische Politik, auf die aktuelle und auch frühere Regierungen. Aber noch größer sei seine Wut auf Deutschland. „Das ist nicht mehr mein Land.“ Weil die Bundesregierung fast bedingungslos an der Seite Is-



Fuad Hamdan lebt seit 1969 in Deutschland. Und fühlt sich nun hier nicht mehr zu Hause.

FOTO: STEPHAN RUMPF

raels stehe. Weil die Mehrheitsgesellschaft die Zehntausenden Toten in Gaza weitgehend ignoriere.

Auch das Münchner Rathaus kritisiert er, das propalästinensische Demonstrationen pauschal verbieten wollte. „Es tut verdammt weh, wenn die Stadt versucht, unsere demokratischen Grundrechte zu beschneiden.“ Seit Langem versuche die Stadt, Veranstaltungen zu unterbinden, die sich kritisch mit Israels Politik beschäftigten. Jahre habe es gedauert, um den Beschluss des Stadtrats von 2017 zur antiisraelischen Boykott-Bewegung BDS gerichtlich zu kippen. Die Stadt wollte verhindern, dass in städtischen Räumen BDS auch nur diskutiert werde. Hamdan sagt: Greifen Palästinenser zu den Waffen, seien sie Terroristen, propagieren sie gewaltfreien Boykott, seien sie Antisemiten. „Egal, was wir machen, wir sind die Bösen.“

Er beklagt, dass das Rathaus nicht genau hinschaue. Was sich gegen Jüdinnen und Juden richtet, weil sie Jüdinnen und Juden sind – ja, das sei Antisemitismus. Kritik an der Politik des Staates Israel, weil dieser Staat palästinensisches Gebiet seit Jahrzehnten besetzt und damit das Völkerrecht verletze – das sei nicht antisemitisch. Hamdan sagt: Wäre Palästina von Japanern besetzt, „wir würden die Japaner bekämpfen“.

Nach Beginn des Gaza-Bombardements habe er sich gewünscht, dass jemand Maßgebliches aus dem Rathaus Mitgefühl mit der palästinensischen Community gezeigt hätte. Nichts habe er gehört, „wir existieren nicht“. Er spricht im Plural, weil sehr viele der geschätzt zweihunderttausend Palästinenser in München so dächten. „Wir fühlen uns nicht mehr deutsch. Ich bin Palästinenser mehr denn je.“

1951 ist Fuad Hamdan geboren, in Kalandia, einem Flüchtlingslager. Seine Eltern waren aus Sar'a, ihrem Dorf, dorthin geflohen. Nach Jerusalem sind es nur ein paar Kilometer, dazwischen eine Sperranlage. Israel betrachtet die Mauer als Schutz vor Terroristen, für Hamdan ist sie Mittel zum Aus- und Einsperren von Palästinensern. Einen Eindruck, wie und wo Hamdan aufgewachsen ist, vermittelt der Film „Schatten der Zukunft“, er lief 1985 im ZDF. Der Filmemacher Wolfgang Bergmann reist zusammen mit einer in Berlin lebenden jüdischen Israelin und Hamdan nach Kalandia. Sie besuchen Hamdans Mutter, sitzen in jenem kleinen Raum, in dem Fuad mit zwei jüngeren Geschwistern aufwuchs. Heute, in seiner Wohnung im Westen Münchens, erzählt der 72-Jährige von seinem Vater. Der habe seine Familie verlassen, als er, Fuad, sechs Jahre alt war. „Er hat uns vergessen.“

1969 geht Fuad Hamdan mit einem Stipendium der Vereinten Nationen nach Stuttgart. Maschinenbau habe er studieren wollen, sei aber bei Daimler hängengeblieben. Zehn Jahre später zieht er nach München, bildet sich zum Wirtschaftsingenieur fast bedingungslos an der Seite Is-

IT. Er macht eine Theatergruppe auf, engagiert sich bei Amnesty International.

1985 gründet Hamdan mit anderen die „Jüdisch-palästinensische Dialoggruppe“ in München, es sei die erste derartige Organisation in Deutschland gewesen. Dort lernt er Judith Bernstein kennen, eine jüdische Israelin. Sie freunden sich an, organisieren Veranstaltungen. Bernstein sagt, sie habe auf den von Hamdan geleiteten Reisen nach Palästina viel über ihr Geburtsland gelernt. Aber so sehr sie ihn schätze, den 7. Oktober bewerte sie anders. Diese Gewalt sei zu verurteilen, ganz eindeutig. Sie sagt aber auch: „Ich kann die Palästinenser verstehen.“ Die Wut, und ja, auch den Hass.

Nach ein paar Jahren in München übernimmt Fuad Hamdan Anfang der 90er-Jahre die Geschäftsführung des Dritte-Welt-Cafés, das heute Dritte-Welt-Zentrum heißt. Hamdan leitet es noch heute, jetzt als Rentner und ehrenamtlich. Er war einer der Initiatoren des Eine-Welt-Hauses in der Schwantalerstraße, das 2001 öffnete. Obwohl sich nur ein winziger Bruchteil der Veranstaltungen dort mit Palästina beschäftigte, sagt Hamdan, gibt es immer wieder Streit um diese Einrichtung, der Vorwurf: antisemitische Tendenzen.

Kurze Unterbrechung, Hamdans Telefon läutet. Tochter Rihm ist dran. Sie will schnell eine Flugblattaktion besprechen, es geht um den Boykottaufruf gegen eine Restaurantkette, die das israelische Militär mit Essensspenden unterstützt habe. Der Vater erzählt, dass seine Tochter, Ende 20, bis vor ein paar Jahren völlig unpolitisch gewesen sei, eher Clubs und Mode im Kopf gehabt habe. „ein Kind dieses Landes“. Palästina-Politik habe sie als Papadating abgetan. Erst der Gaza-Krieg 2021 habe sie politisiert, seither engagiert sie sich in der Gruppe „Palästina spricht“, tritt bei Demos auf. Der Vater wirkt stolz, als er davon erzählt.

Man spürt die Verzweiflung in Fuad Hamdan. Da ist der fortwährende Schmerz darüber, dass im Zuge der Staatsgründung Israels Hunderttausende aus ihren Dörfern und Häusern vertrieben wurden, was die Palästinenser „Nakba“ nennen, Katastrophe. Da ist seine Fassungslosigkeit angesichts der katastrophalen Lage in Gaza. Er engagiert sich gegen den als Unrecht empfundenen Zionismus und wirbt für Empfindlichkeit. Kommt das Gespräch aber auf den 7. Oktober, kommt Hamdan ins gedankliche Straucheln.

Zunächst kritisiert er, dass von Palästinensern erwartet werde, sich von der Hamas abzuzugieren. Wer frage denn den Bundeskanzler oder den Oberbürgermeister, ob sie sich von der Politik Israels distanzieren? Für ihn, sagt Hamdan, sei die Hamas eine politische Widerstandsbewegung, die „auch mit Terror arbeitet“. Den heiße er nicht gut, und wenn Zivilisten sterben, verurteile er das. Er nennt als Beispiel die Selbstmordattentate auf Busse in Israel.

Und der 7. Oktober? So sehr er die Opfer bedauere, „es fällt mir schwer, von Hamas-Terror zu sprechen“. Die Aktion sei

„aus dem Ruder gelaufen“. Als sie in der palästinensischen Community von den Kämpfern erfahren hätten, die mit Gleitschirmen den Zaun überwandern und Israels Armee überrumpelten, seien viele, auch er, anfangs angetan gewesen. „Genial“, habe er sich gedacht. „Wir waren alle begeistert.“

Und später, als klar war, dass etwa 1200 Menschen tot waren? Hamdan überlegt. „Ambivalent“ seien seine Gefühle. Einerseits das Entsetzen, andererseits die Begeisterung. Wie passt das zusammen? Warum verurteilt jemand, der für Gerechtigkeit eintritt, eine solche Aktion nicht als unmenschlich? Hamdan zögert. „Es ist schwer zu verstehen“, sagt er und meint sein eigenes Denken. „Ich versteh's selber manchmal nicht.“ Tage später versucht er, seine Worte zu erklären, mit der „Verzweiflung“, mit dem Gefühl der „Erniedrigung“. So komme es, dass ihm der Hamas-Überfall auch „Genugtuung“ verschaffe. „Es ist schlimm, das so zu sagen, aber es ist nun mal so. Ich bin kein Heiliger.“

Auf beiden Seiten
gibt es ein
kollektives Trauma

Und die Geiselnahme durch die Hamas? Ist die legitim? Er überlegt. Längeres Schweigen, dann sagt er: „Ja.“ Die Hamas verfolge damit ein politisches Ziel, die Freilassung palästinensischer Gefangener. Außerdem würden die Geiseln gut behandelt. Tatsächlich? Gerade eben veröffentlichte die Hamas ein Video, es soll eine Geisel zeigen: Er befinde sich in einer „unterirdischen Hölle“, sagt der junge Mann, ohne Nahrung, Wasser und medizinische Behandlung. Hamdan entgegnet, dass es allen in Gaza schlecht gehe, und dass Israel Tausende Palästinenser eingesperrt habe und auch nicht gut behandle.

Es fällt schwer, Hamdans Worte über den 7. Oktober mit diesem ruhigen, freundlichen Mann zusammenzubringen, der da in seinem Wohnzimmer sitzt. Eine Woche später ein Telefonat. Hamdan sagt, ihm sei die Frage nach den Geiseln noch lange durch den Kopf gegangen. Aus seiner Antwort habe wohl die Wut gesprochen, er wolle seine Aussage einschränken: Dass Kinder und Frauen entführt werden, das sei „nicht in Ordnung“. Heißt zugleich: Männer zu kidnappen, das sei okay.

Wie Hamdan dächten sehr viele Palästinenserinnen und Palästinenser. Muriel Asseburg sagt das, sie ist jene Wissenschaftlerin, deren Palästina-Buch dreifach in Hamdans Regal steht. Sie forscht bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, die Bundesregierung und Bundestag be-

rät. Ein „kollektives Trauma“ gebe es, sagt sie, nicht allein auf jüdischer Seite, durch den Holocaust und den 7. Oktober, sondern auch auf palästinensischer Seite, durch die Nakba, durch die Besatzung. Und dann sagt sie, was in den Kern des Konflikts führt: Diese traumatischen Erfahrungen machten es Menschen auf beiden Seiten „sehr schwer, Empathie mit den Opfern der anderen Seite zu haben.“

Hamdans Positionen bewertet sie aus wissenschaftlicher Perspektive. Ist Israel eine Demokratie? Die jahrzehntelange völkerrechtswidrige Besetzung palästinensischen Gebiets sei ein „ganz großes Defizit der Demokratie“, und der Gleichheitsgrundsatz sei in Gaza und im Westjordanland stark eingeschränkt. Trotzdem eine Demokratie? Ja, sagt Asseburg, aber eine „defekte Demokratie“. Herrscht in Israel Apartheid? Dafür gebe es in den besetzten Gebieten „relativ starke Indizien“ auf Basis der internationalen Apartheid-Definition. Asseburg verweist beispielsweise auf die ungleichen Rechte von Palästinensern und jüdischen Siedlern und die „Einschränkung der Lebenschancen“ von Palästinensern. Auch wenn sie Israel nicht für einen „Terrorstaat“ halte, dürfe man natürlich die Methoden des israelischen Besatzungsregimes, Menschen gezielt zu töten, kritisieren. Harte Kritik am Staat Israel sei hinzunehmen, erst recht von denen, die unter dieser Politik leiden, ohne sie automatisch als antisemitisch abzutun.

Muriel Asseburg sagt, sie sehe es kritisch, dass in Deutschland der „Diskursrahmen immer enger“ werde. Das liege daran, dass die historische Verantwortung auf die Staatsräson verengt werde, und die Staatsräson wiederum auf Israels Sicherheit. „Ich glaube nicht, dass das hilfreich ist.“ Es sei doch verständlich, dass Palästinenser auf ihr Land anders schauten als Deutsche, die ihre historische Verantwortung, zu Recht, mitdächten. Sie wünsche sich, dass Medien viel stärker die Breite der Positionen darstellten.

Stefan Jakob Wimmer, der Judaica-Experte, sagt, es sei wichtig, jemandem wie Hamdan zu vermitteln: Es ist nicht per se antisemitisch, wenn er sich für seine Heimat Palästina einsetzt. Erst wenn man seine Meinung ernst nehme, eröffne sich die Möglichkeit, sie öffentlich zu diskutieren – und zu kritisieren. Was er mal lohnend fände, sagt Wimmer: ein richtig kontroverses Podiumsgespräch, gerne über seine „Handreichung“ zum Israel-Palästina-Konflikt, das er seit Wochen zur Diskussion stellt. Mit wem? Warum nicht mit einem Vertreter einer jüdischen Gemeinde und mit Fuad Hamdan, sagt Wimmer.

„Natürlich“ würde er mitmachen, sagt Hamdan, als er von der Idee hört. Er wünsche sich, dass in München palästinensischen Stimmen mehr Raum gegeben werde, „dass man uns zuhört“. Verbiegen wolle er sich dafür nicht, niemandem nach dem Mund reden. Er lasse sich nicht einschüchtern vom drohenden Vorwurf des Antisemitismus. „Ich will authentisch bleiben.“

bkastner
SZ20240427S96433F